Klausel: Erfüllungsort bei Verbrauchern

Eine gern genutzte [Klausel](#) in Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist folgende:

Erfüllungsort: *"Erfüllungsort und Gerichtstand ist Greifswald."*

Nutzt man diese [Klausel](#) gegenüber Verbrauchern, sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen abmahnfähig. Die [Klausel](#) verstößt gegen § 474 Abs. 2 BGB. Beim Verbrauchsgüterkauf liegt eine Bringschuld vor. Eine bestellte Ware ist dem [Verbraucher](#) vom Händler zu liefern. Der Erfüllungsort liegt beim Verbraucher. Der Gefahrübergang auf den [Verbraucher](#) an einem zufälligen Untergang der Ware erfolgt erst hier. Anderweitige Vereinbarungen sind nicht möglich.

Eine [falsch](#) formulierte [Klausel](#) zum Erfüllungsort kann einen durchschnittlich gebildeten Menschen dazu verleiten, am falschen Ort zu klagen. Hintergrund ist die Möglichkeit des [Verbrauchers](#) nach einem Widerruf sein [Geld](#) beim zuständigen Gericht einzuklagen. Bei Verbrauchern ist dies das Gericht am Wohnort des [Verbrauchers](#).

Die [Klausel](#) zum *Gerichtsstand* betrifft in ihrem Geltungsumfang neben Kaufleuten auch [Verbraucher](#). Sie ist daher gem. § 38 ZPO unzulässig (BGH NJW 1987, Seite 2867). Der Gerichtsstand kann nur bei Kaufleuten, [juristischen Personen](#) des [öffentlichen Rechts](#) oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen als Vertragspartner vereinbart werden. Gem. § 307 BGB liegt eine [unangemessene Benachteiligung](#) vor, die zur Unwirksamkeit der [Klausel](#) führt.

Eine entsprechend [falsch](#) formulierte [Klausel](#) ist wettbewerbswidrig und abmahnfähig.